

Telegraphische Nachrichten.

St. Petersburg, 9. September. Das „Journal de St. Petersburg“ widerspricht verschiedenen Gerüchten, welche über angebliche neue Dispositionen der russischen Regierung in Betreff der deutschen und polnischen Angelegenheiten von der auswärtigen Presse verbreitet wurden. Namentlich sagt es über die radikalen Reformen, die in Polen bevorstehen, und über die neuen Allianzen, die im Werke sein sollen: Die Folgerungen, die aus diesen angeblichen Neuigkeiten gezogen werden, sind eben so falsch, wie die Prämissen. Der Kaiser, dessen Gefühle für seine polnischen Unterthanen keine Veränderung erlitten haben, betrachtet es in Polen als seine erste Pflicht, die materielle Ordnung wieder herzustellen, da auf einem von anarchischen Leidenschaften zerwühlten Terrain nichts Festes errichtet werden kann. Unter dem diplomatischen Gesichtspunkte bleibt die Regierung entschlossen, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, aber auch die Rechte Rußlands innerhalb der Grenzen der Verträge aufrecht zu halten. Was die deutschen Angelegenheiten betrifft, so hat Rußland Sympathie für die Einheit und Stärke Deutschlands, gegründet auf die Interessen aller Staaten, aus denen Deutschland besteht. Rußland hat so wenig Vorkehrungen zu treffen gegen die Gefahren, die ihm daher erwachsen könnten, als Deutschland nöthig hat, vor Gefahren, die ihm von Rußland drohen, auf der Hut zu sein. Die umlaufenden Gerüchte haben also keinen Grund und sind nur Zeugen einer ausnehmenden Leichtfertigkeit, wenn nicht überlegter Böswilligkeit. (Weitere Ausführung der im heutigen Morgenblatte mitgetheilten Depesche.)

Hannover, 9. Sept. Die von den Zeitungen gebrachte Nachricht, daß während des Fürstentages zwischen Oesterreich, Baiern, Württemberg und Hannover über die Zollfrage Separatverhandlungen stattgefunden hätten, wird officiell als unbegründet erklärt; während des Fürstentages seien durchaus keine derartigen Verhandlungen gepflogen worden.

Preußen.

Berlin, 9. Sept. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Den Vorsitzenden der Direction der Westfälischen Eisenbahn, bisherigen Regierungs-Rath Ludwig August Wilhelm Heise zu Münster, zum Geheimen Regierungs-Rathe und vortragenden Rathe bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu ernennen.

[Hoftrauer.] Der königl. Hof legt heute die Trauer auf acht Tage für Se. Hoheit den Herzog Alexander Carl zu Anhalt-Bernburg an.

Der bisherige Vorsitzende der königlichen Direction der Ostbahn, Eisenbahn-Director Gaertt, ist zum Vorsitzenden der königlichen Direction der Westfälischen Eisenbahn bestellt und die dadurch erledigte Stelle des Vorsitzenden der Direction der Ostbahn dem Geheimen Regierungs-Rath Maybach verliehen, dem Letzteren auch die Wahrnehmung der Functionen eines Staats-Commissarius für die Privat-Eisenbahnen in der Provinz Preußen übertragen worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem General-Post-Director Philippsborn die Erlaubnis zur Anlegung des von dem Könige der Belgier Majestät ihm verliehenen Groß-Offiziers-Kreuzes des Leopold-Ordens, so wie dem Wirklichen Legations-Rath und vortragenden Rath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Jordan, zur Anlegung des von dem Könige von Sachsen Majestät ihm verliehenen Komthur-Kreuzes zweiter Klasse des Albrechts-Ordens zu erteilen.

[Zu der heutigen Sitzung des internationalen statistischen Congresses] machte Herr Geh. Engel die Mittheilung, daß der Delegirte aus Amerika, Herr Samuel Ruggers, eine Kiste mit werthvollen Mineralien, namentlich Goldmineralien, und eine Anzahl Karten überreicht habe, aus welchen sich der Umfang der Goldminen in Nordamerika ergeben lasse. Diese Gegenstände werden einer wissenschaftlichen Gesellschaft zugewiesen werden. — Herr General-Bevollmächtigter Marzfeld (Berlin) stellte den Antrag: Die Ergebnisse des Congresses nicht bloß den amtlichen, sondern auch einigen nichtamtlichen Zeitungen mitzutheilen, da notorisch die amtlichen Zeitungen einen sehr beschränkten Leserkreis hätten und der Zweck der Veröffentlichung somit verfehlt werde. Der Antrag fand nicht genügende Unterstützung. Herr Engel bemerkt dabei, daß der Antrag erfüllt werde, da die meisten Zeitungen über die Verhandlungen berichteten. — Geh. Med.-Rath Nehfeld hat ein Werk und einen Antrag, betreffend das Apotheken- und Concessionswesen, eingereicht; derselbe wurde der 4. Section zugewiesen. Hierauf erfolgte die Mittheilung, daß heut Abend noch eine musikalische Reunion im erleuchteten Garten des Herrenhauses stattfinden werde. — In Folge des gestrigen Beschlusses wurde auf Antrag des Herrn Wischers die internationale Commission ernannt. Sie besteht aus den Delegirten: Dr. Engel, Prof. Schubert, Dr. Fider, Dr. Farr, Legoyt, Schemenow und Wischer. Hierauf wurde die Berichterstattung über die amtliche Statistik auswärtiger Staaten fortgesetzt.

[Drängen der „Kreuztg.“] Der Schluß des heutigen Leitartikels der „Kreuztg.“ lautet, wie folgt:

„Je mehr wir den vorliegenden Schritt der Regierung als einen letzten in der bisherigen Reihe betrachten, um so schwerer wiegt die Verantwortung, welche dieselbe nicht allein uns, sondern noch mehr der Regierung auferlegt; um so dringender wird die Pflicht, nichts unverfügt zu lassen, um die Irregeleiteten auf den rechten Weg zurückzuführen und den Verführern selbst einen starken Damm entgegen zu werfen.

„Oder giebt es etwa hinter den jetzigen Neuwahlen und für den Fall, daß dieselben kein anderes Resultat liefern, als im Wesentlichen die Wiederruf des aufgelösten Abgeordnetenhauses, noch eine andere Alternative, als entweder das Einlenken auf das parlamentarische Regiment, — oder aber die Befreiung des Königthums aus der Umstrickung derjenigen Elemente des Volkes, welche dasselbe in ihren aus Verfassungs-Paragrafen gedrehten Schlingen zu erstickten drohen.

„Auflösen und wieder auflösen, wählen und wieder wählen, beides ohne irgend eine begründete Aussicht auf Erfolg und lediglich um einer formellen Verfassungs-Bestimmung zu genügen, (da hört denn doch Alles auf) — mit einer solchen Procedur würde die Regierung Gefahr laufen, nicht allein auf das Niveau ihrer radikalistischen Gegner herabzusinken, sondern auch die Elemente des Volkes, auf welche sie sich heute für weitere, durch die Verhältnisse gebotene, patriotische Operationen noch mit voller Zuversicht zu stützen vermag, noch mehr zu verwirren und zu zerfetzen.

„Was man thun will und was man schließlich doch nicht wird vermeiden können, das thut man demnächst, sobald auch diese letzte Frage keine andere Antwort findet, als eine trostlose Opposition, — schnell, offen und gründlich. Doch um dies mit gutem Gewissen zu vermögen, wende man allen Fleiß daran, um selbst nach allen Seiten gerechtfertigt dazustehen.

„Es wird nicht überflüssig sein, uns noch eingehender darüber auszusprechen, was wir in dieser Beziehung von uns und unseren Freunden verlangen, und was wir gleicher Weise von der Regierung und deren Organen erwarten.“ (Da, darauf sind wir allerdings sehr begierig! D. R.)

[Zu dem Schreiben des Grafen Schwerin] bemerkt die „Kreuztg.“: Allerdings sind wir einigermaßen daran gewöhnt, den Liberalismus mit alten Sachen handeln zu sehen; aber diese Reclame für den Grafen Schwerin mit einem Briefe aus dem Juli d. J. schmeckt doch etwas zu stark nach dem politischen Siebenschlüssel! — Der geehrte Briefsteller scheint sich immer nicht mit dem Gedanken befunden zu können, daß er politisch ein überwundener Standpunkt ist; ja es ist fast rührend zu lesen, daß er auch heute noch von seinem Wiedereintritt in das Ministerium die Rettung des Vaterlandes erwartet! — Wir würden dem Grafen Schwerin sehr dankbar sein, wenn er uns das Mittel verrathen wollte, durch welches er den parlamentarischen Sieg an seine Fahnen zu fesseln gedenkt! Die Demokratie — und nicht wir — ist es ja gewesen, welche das „liberale“ Ministerium gestürzt! Und nur die unheilvolle Beschränkung des Grafen Schwerin kann sich heute noch darüber täuschen, daß von allen politischen Parteien der Liberalismus am meisten in die Brüche gegangen ist und daß selbst die possirlichsten Sprünge ihm nicht wieder dazu verhelfen werden, eine politische Rolle zu spielen. Er ist politisch todt, und auf seinem Leichenstein steht geschrieben: Er starb an der freien Idee, ein Staatsmann zu sein! (Natürlich; Staatsmänner giebt es überhaupt nur noch in den Reihen der „Kreuzzeitungs“-Partei, und wenn sie noch nicht die verdiente Anerkennung gefunden — an der „Kreuzzeitung“ hat's wirklich nicht gelegen. D. Red.)

[Verständigung mit Oesterreich.] Die „Kreuztg.“ wünscht immer noch „Verständigung mit Oesterreich.“ — Etwa wieder in Olmütz?

[Radikal.] Die „Zödl. Corr.“ schreibt: „Unser Standpunkt ist niemals derjenige der Abänderung des bestehenden Wahlgesetzes gewesen. Wir haben mit solchen Halbheiten nichts zu thun. Wenn sich aufs Neue das zeitige Wahlgesetz als unzulänglich erweist, den königl. Intentionen und hochheiligen Staatsregierung für das engere und weitere Vaterland hingebende, vermittelnde und absolut patriotische Organe zu gewähren, so wird es an der Zeit sein, ganz neue gesetzliche Unterlagen zu gewinnen, die Gewähr bieten, die inneren und äußeren Verhältnisse zu erklären. Dieses als Antwort der demokratischen Presse auf ihre Erwartungen für Wahlgesetz-Modifikationen.“ — (Gut gebrüllt, Löwe!)

[Bestechung.] Ein hiesiger Handelsmann, der mit seiner Frau von hier nach Breslau reisen wollte, hatte einem Schaffner der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn einen Zähler angeboten, wenn er ihn ohne Billet mitfahren lassen wollte. Der Schaffner äußerte sich darüber unwillig zu seinem Stationsvorsteher und dieser wies ihn an, scheinbar darauf einzugehen, um das Vergehen der Bestechung festzustellen. Der Schaffner jagte dem Handelsmann also, er könne unter der fraglichen Bedingung mitfahren, worauf der Letztere sich ohne Billet in einen Wagen setzte. In Folge dessen wurde die Anklage gegen ihn erhoben und er vom Stadtgericht zu siebenjähriger Gefängnisstrafe verurtheilt.

[Prozeß.] Der Criminalsenat des Kammergerichts verhandelte gestern einen Prozeß gegen den Redacteur der „Berliner Reform“, Ed. Meyen, in zweiter Instanz. Die am 17. Januar d. J. ausgegebene Nummer der „Reform“ enthielt einen Leitartikel, in welchem u. A. ausgesprochen wurde, daß die Regierung sich über die deutlichen Bestimmungen der Verfassung hinwegsetze. In dieser Bemerkung fand die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung des Staats-Ministeriums und hatte gegen den Redacteur Meyen die Anklage erhoben. Der erste Richter hatte den Angeklagten freigesprochen, weil er in dem Artikel nur ein Urtheil fand, welches die erlaubten Grenzen nicht überschreite. Die Staatsanwaltschaft hatte appellirt und eine Geldbuße von 80 Thlr. event. 6 Wochen Gefängnis gegen den Angeklagten beantragt. Das Kammergericht trat auch der Ansicht der Staatsanwaltschaft bei; es hob das erste Erkenntnis auf und verurtheilte den Angeklagten zu 20 Thlr. Geldbuße event. 14 Tage Gefängnis, indem dabei ausgeführt wurde, daß es nicht Sache des Richters sei, darüber zu befinden, ob das Ministerium eine Verfassungsverletzung begangen habe, oder nicht. Es liege aber in der incriminirten Stelle nicht bloß eine subjective Ansicht des Angeklagten, sondern die bewusste Absicht, das Ministerium zu verlegen.

[Der Verein für Wahrung der verfassungsmäßigen Pressefreiheit] hat angefangen, das Verzeichniß seiner Teilnehmer, deren er schon über 8000 zählt, zu veröffentlichen. Die ersten Bogen, welche vorliegen, führen Berlin mit 355 Mitgliedern, dagegen mehrere rheinische Städte mit im Verhältnis dazu bedeutenden Zahlen auf, Aachen mit 139, Düsseldorf mit 117, Grefeld mit 100, Bonn mit 81 (doch sind es gegenwärtig schon über 100). Köln dagegen zeigt sich auch hier indifferent, seine Mitgliederzahl erhebt sich auf 30, gerade so viel, wie die durch eine gemeinsame Agentur verbundenen Orte Großbüllesheim und Guskirchen aufweisen. Die Namen der Agenten, welche in jeder Stadt die Annahme der Meldungen und die Verteilung der Proschüren (bis jetzt schon 8, meist sehr interessante, während als Jahresbeitrag nur ein Zähler erforderlich ist) besorgen, sind in der Liste nicht besonders hervorgehoben. (Bonner Z.)

[Zur handelspolitischen Frage] schreibt die „B. u. S. Z.“: Einem Privatbriefe aus Süddeutschland entnehmen wir die Mittheilung, daß zwischen den Herren v. Schrenk und v. Hügel Differenzen bestehen, die möglicherweise der Zollvereinsache zu staten kommen. Man glaubt in unterrichteten Beamtentreisen Württembergs nicht, daß diese beiden Staatsmänner noch in der Lage sind, die Durchführung eines gemeinsamen handelspolitischen Programms zu unternehmen. Vorausgesetzt, daß eine Verständigung nicht noch gelingt, würde der eine von beiden geopfert werden müssen. Die Differenzen sollen in Frankfurt unverkennbar zu Tage getreten sein.

Danzig, 8. Sept. [Marine.] Der Schlepp-Dampfer „Greif“ ist aus Stralsund mit der Befragung der außer Dienst gestellten königl. Yacht „Grille“ unter Lieutenant zur See 1. Klasse Kinderling mit 2 Kanonenjollen gestern an der königl. Werft eingetroffen. (Danz. D.)

Stettin, 9. Sept. [In der gestrigen Stadtverordneten-sitzung] theilte der Vorsitzende Hr. Sannier mit, daß, wie bekannt, vor einigen Monaten eine Commission gewählt sei, um über das Verfahren der Regierung, die Berathung einer Adresse nicht zu gestatten, bei dem Könige mündlich oder schriftlich Beschwerde zu führen. Da eine Audienz zum mündlichen Vortrage der Beschwerde der Commission nicht bewilligt wurde, so sei am 23. Juli eine schriftliche Eingabe abgegeben worden, auf welche noch keine Antwort erfolgt sei. Dagegen hätten die fünf Mitglieder der Commission, welche jene Beschwerde unterzeichnet, eine Vorladung zur gerichtlichen Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter erhalten. Die Untersuchung sei auf Beleidigung der Staatsregierung, insbesondere der königlichen Regierung zu Stettin gerichtet. Mit dieser Mittheilung an die Versammlung giebt der Vorsitzende die Versicherung, daß die Commission in dieser Angelegenheit die Würde der Versammlung wahrnehme.

Torgau, 8. Sept. [Der Nationalverein und die Lehrer.]

In Bestätigung einer bereits früher von uns gegebenen Nachricht, meldet die „Nordh. Ztg.“ über den Gymnasiallehrer Professor Arndt, der vom Unterrichtsminister die Weisung erhalten hatte, aus dem Nationalverein auszuschcheiden, Folgendes: Die Sache ist richtig, aber nicht bloß an Herrn Arndt ist die Forderung gerichtet, sondern an sämtliche Lehrer des Gymnasiums, die Mitglieder des Nationalvereins waren. Schon vor den Hundstagsferien ist Oberpräsident v. Wiegeler nach Torgau gekommen, hat einige Lehrer vor sich kommen lassen und die besagte Forderung an sie gestellt, mit der Aufforderung, ihre Erklärung über ihr Ausschcheiden zu Protokoll abzugeben, zu dessen Aufnahme der Bürgermeister mit zur Stelle gewesen. Sie haben indeß damals die Erklärung ihres Austritts abzugeben einstimmig abgelehnt. Nach der Zusammenkunft ist indeß der Bürgermeister zum Director Dr. Grafer gekommen, und hat demselben im Auftrage des Oberpräsidenten noch besondere, nicht weiter bekannt gewordene Eröffnungen gemacht, worauf sich derselbe zum Ausschcheiden entschlossen. Das Nämlche geschah bald darauf von Seiten des Oberlehrers Dr. Francke. Später, am 14. Juli, kam der Consistorial-Rath Rühling als Commissarius des Provinzial-Schulcollegiums zunächst zwar in einer andern das Gymnasium betreffenden Angelegenheit hierher, nahm aber den während der Ferien allein hier anwesenden Conrector Professor Rothmann wegen seiner Mitgliedschaft beim Nationalvereine besonders vor und vermochte denselben ebenfalls zum Austritt, indem er ihm Namens des Provinzial-Schulcollegiums und des Ministers zur strengen Pflicht machte, auszuschcheiden. Als Gründe dafür sind von ihm angegeben die unzuverlässigen Tendenzen des Nationalvereins, und daß die Theilnahme an demselben überhaupt der Stellung eines Gymnasiallehrers nicht angemessen befunden werden könne. Endlich am 6. d. M. hat der Director Dr. Grafer die 4 Lehrer Professor Arndt, Dr. Hendrick, Hertel und Steppuhn zu sich eingeladen und dieselben von dem, was Consistorialrath Rühling mit dem Professor Rothmann verhandelt und diesem eröffnet und zur Pflicht gemacht, in Kenntniß gesetzt, darauf aber ihnen ihre Erklärung wegen des Ausscheidens abverlangt, worauf denn auch die drei letzteren, Dr. Hendrick, Hertel und Steppuhn, ihren Austritt erklärt haben. Dagegen hat der Professor Dr. Arndt folgende bis zuletzt vorbehaltene Erklärung zu Protokoll gegeben:

„Ich weiß nicht, wie man mir eine besondere Handlungsweise in einer Angelegenheit zur Pflicht machen kann, welche nach meiner Ueberzeugung in keinerlei Zusammenhang mit meinem amtlichen Wirkungskreise steht. Der Nationalverein, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, die Einheit Deutschlands unter Preußens Führung mit gesetzlichen Mitteln anzubahnen, war bisher den preussischen Staatsbürgern nicht verboten. Derselbe hat unter den Augen des preussischen Ministeriums in Berlin seine Generalversammlung (soll wohl heißen: eine große Versammlung) gehalten und ebenso vor kaum 2 Jahren unter großer Theilnahme selbst von Seiten hochgeachteter Beamter die Festschließung der Flottenversammlung an und noch im vor. J. dankte das Kriegsministerium, dessen Chef schon damals der jetzige Hr. Kriegsminister war, zu wiederholtenmalen öffentlich dem Vereine für seine patriotische Thätigkeit. Warum soll nun jetzt auf einmal die Mitgliedschaft am Nationalvereine, zumal wenn dieselbe, wie bei mir der Fall gewesen, auch nicht im mindesten von einem öffentlichen, Aufsehen erregenden Hervortreten begleitet war, unverträglich sein mit der Pflicht eines preussischen Lehrers? Ich kann mich daher zum Austritt aus dem Vereine nicht entschließen. Sollte dagegen durch ein Gesetz oder eine Verordnung der Nationalverein allen preussischen Staatsbürgern oder den preussischen Beamten insbesondere verboten werden, so würde ich keinen Anstand nehmen, aus dem gedachten Vereine auszuschcheiden.“

Köln, 7. Sept. [Freisprechung.] Herr Generalagent Garenfeld, welcher wegen Aushängens einer Fahne am Abgeordnetenestete vor das Friedensgericht geladen war, ist ganz freigesprochen worden, weil kein Gesetz vorhanden sei, welches das Aushängen von Fahnen verbiete.

Deutschland.

Darmstadt, 8. Septbr. [Ihre Majestät die Königin Victoria] ist heute Früh, von Schloß Kosenau bei Koburg kommend, im Jagdschloß Kranichstein zum Besuche S. M. kgl. H. H. des Prinzen und der Prinzessin Ludwig eingetroffen, wird daselbst heute verweilen und Abends 10 Uhr ihre Reise nach England fortsetzen. (Darmst. Z.)

Nürnberg, 3. Sept. [Prozeß.] Gestern waren nicht weniger als vier hiesige Redactoren vor den Untersuchungsrichter citirt. Bei dreien derselben („Frankl. Kurier“, „Abendzeitung“ und „Nürnberger Anzeiger“) handelte es sich um den Abdruck des Appells der freireligiösen Versammlung in Hofen an das bayerische Volk. Nachdem die Consecrationsbehörde in dem berührten Appell nichts Verhängliches entdeckt und keinen Grund zur Einschreitung gefunden hatte, fand doch ein zweiter oder dritter oder vierter Wächter der in letzter Zeit wieder strenger überwachten bayerischen Presse (es scheint, die Kaiserzeit naht!), daß darin wissenschaftlich falsche Ausstellungen zur Erregung von Gefühligkeiten und eine Beleidigung der bayerischen Staatsregierung enthalten seien. „Frankl. Kurier“ und „Nürnberg. Anzeiger“ wurden dieser beiden Reate angeklagt; die „Abendzeitung“, welche einen Sak des Appells ausgelassen hatte, blieb wegen des Erstern. (Nürnberg. A.)

Wiesbaden, 6. September. Am Freitag Abend 1/2 9 Uhr erschoss sich unter den Colonnaden, mitten unter dem Publikum, ein junger Mann von etwa 21 Jahren, nachdem er an der Bank seine ganze Bauschaft verspielt. Fünf Minuten nachher wurde das Spiel fortgesetzt. Ein Kellner des „Hotel Darmstadt“ in Wiesbaden fing den Unglücklichen in seine Arme auf. Ich sende Ihnen diese Mittheilung, da es Pflicht der Presse ist, auf diese Weise mit gegen diese Schmach unseres deutschen Vaterlandes zu kämpfen. (Eib. Z.)

Homburg v. d. H., 7. Sept. Vor einigen Tagen hatten wir hier wieder einen Selbstmord zu beklagen. Im tiefsten Didiel der an die Stadt stoßenden benachbarten Höhe fand eine alte Frau, die mit Sammeln von dürrem Reisig beschäftigt war, einen jungen anständig gekleideten Mann, der sich durch einen Pistolenschuß das Leben genommen hatte. Wie man allgemein erzählt, soll es ein junger Pole sein, der als Beauftragter der Nationalregierung bei den in deutschen Bädern sich befindlichen Landesleuten Beiträge für Nationalzwecke gesammelt und die empfangenen Gelder, über 20,000 Th. theils in Wiesbaden theils in Homburg verspielt haben soll. (Fr. Z.)

Koburg, 7. Septbr. [Die Abreise Ihrer Majestät der Königin Victoria] ist diese Nacht halb 11 Uhr mittelst Extrazuges erfolgt. Gestern Früh hatte bereits Se. Majestät der König Ferdinand von Portugal und ebenso Se. königl. Hoheit Prinz August nebst Familie Koburg wieder verlassen.

Hannover, 7. Sept. [Graf Borries.] Die „S. f. Nordb.“ schreibt: Graf Borries war kurz vor der Abreise des Königs in Nordey und es wurde vermuthet, daß der ehemalige leitende Minister des Landes die Absicht habe, seine Dienste von Neuem für nähere oder fernere Zeiten zu empfehlen. Jedenfalls ist diese Absicht, wenn sie mehr als leere Vermuthung war, nicht erfüllt worden, da der Hr. Graf die Insel am Tage vor der Wiederkunft des Königs auf derselben verlassen hat. Bei Gelegenheit dieser Notiz theilen wir aus den „N. S. A.“, als Anlaß zu der Entlassung des Grafen Borries, folgenden Vorgang mit:

„Graf v. Borries sah vor ein Paar Jahren in Celle eine Kunsttreibergesellschaft, an welcher er viel Gefallen fand. Der Director derselben bemühte die Gelegenheit, sich dem Minister vorzustellen, und ihn um die Erlaubnis zu einer Reihe von Vorstellungen in der Residenz zu bitten. Diese wurde

